Antrag

beschlossen von der 199. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 12. November 2026

Nein zum personellen und strukturellen Kahlschlag im Spitalsbereich!

Im November 2025 wurden die Pläne der schwarz-blauen Landesregierung bekannt, die Gynäkologie und Geburtshilfe sowie die Kinder- und Jugendabteilung des Krankenhauses Dornbirn zu verlegen. Die Geburtenstation in Bludenz wurde geschlossen. Diese Veränderungen betreffen die Beschäftigten, die Auszubildenden und die Patientinnen und Patienten.

Die Weiterentwicklung der Spitalslandschaft ist angesichts der hohen laufenden Kosten und der Herausforderungen im Gesundheitswesen notwendig. Dabei muss die zukünftige Versorgungsstruktur, die medizinische Qualität und die finanziellen Rahmenbedingungen jedoch gemeinsam betrachtet werden.

Dazu gehören der Ausbau der Primärversorgungseinheiten (PVE). In Vorarlberg wurde über die Entstehung von zehn zusätzlichen Primärversorgungseinheiten gesprochen, die Standorte und der genaue Zeitplan sind jedoch immer noch Gegenstand politischer Diskussionen zwischen Land und Sozialversicherung (ÖGK). Eine Einheit für 2026 und einen Standort 2027, in Feldkirch, wurde zuletzt in Aussicht gestellt.

Besonders wichtig sind die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Spitalsbereich. Die AK Umfrage von diesem Jahr „Zfrieda schaffa im Krankahus“ zeigt hohe körperliche und psychische Belastungen für die Mitarbeitenden auf. Handlungsbedarf ist gegeben, allein schon aufgrund der Demografischen Herausforderung und der Bedarfsberechnung. In den nächsten 10 Jahren wird es einen Bedarf an neue Mitarbeitende von mehr als 16% geben. Relativ hoch ist auch der Aufhörwunsch der Mitarbeitenden im Bereich der Pflege. Es wäre daher kontraproduktiv am Personal zu sparen.

Immer sichtbarer und öfters zum Thema gemacht werden die Betroffene die eine ME/CFS Erkrankung haben, die regelmäßig auch ambulante Behandlungen benötigen.

In Vorarlberg geht man davon aus das ca. 3.000 Menschen an ME/CFS erkrankt sind. Etwa 25 % davon so schwer, dass sie das Haus oder das Bett nicht mehr verlassen können. Die Versorgungslage ist derzeit sehr ausbaufähig und schreitet nur langsam voran.

Trotz der politischen Beschlüsse berichten Betroffene weiterhin von einer schweren Unterversorgung. Viele Erkrankte sind in ihrer Existenz bedroht, weil die Erkrankung im Sozial- und Pensionssystem oft nicht ausreichend als schwere physische Multisystemerkrankung anerkannt wird. Zudem fehlt es im Alltag, besonders für schwerstkranke, bettlägerige Patienten, an spezialisierten, mobilen Pflege- und Hausbesuchsangeboten.

Ziel muss eine langfristig funktionierende, qualitativ hochwertige und leistbare Gesundheitsversorgung sein, die sowohl den Bedürfnissen der Bevölkerung als auch den Interessen der Beschäftigten gerecht wird und nicht ein personeller und struktureller Kahlschlag im Spitalsbereich.

Denn eine funktionierende Gesundheitsversorgung ist eine wichtige Säule einer demokratischen Gesellschaft, die auf sozialen Ausgleich ausgerichtet ist.

Antrag

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte Vorarlberg fordert die Landesregierung Vorarlberg dazu auf,

- **den Ausbau der Primärversorgungen schnellstmöglich voranzutreiben und einen konkreten Umsetzungsplan zu erstellen und zu veröffentlichen**
- **die Gesundheitsbetriebe des Landes und die vom Land mitfinanzierten Gesundheitsbetriebe als attraktive und zukunftssichere Arbeitsplätze zu gestalten, Personal zu halten, neues Personal zu rekrutieren und den notwendigen Nachwuchs zu sichern;**
- **die ME/CFS-Anlaufstelle in Hohenems so rasch als möglich umzusetzen bzw. zumindest ein Enddatum der Umsetzung festzulegen.**
- **die langfristige Finanzierbarkeit der Gesundheitsversorgung durch eine bedarfsgerechte Planung und den sinnvollen Einsatz vorhandener Ressourcen zu gewährleisten.**